Arbeitswelt für Langzeitarbeitslose

Vortrag am 22. Januar 2019
an der Forschungsstelle
Sozialrecht der Uni Hamburg

Petra Lotzkat - Staatsrätin der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

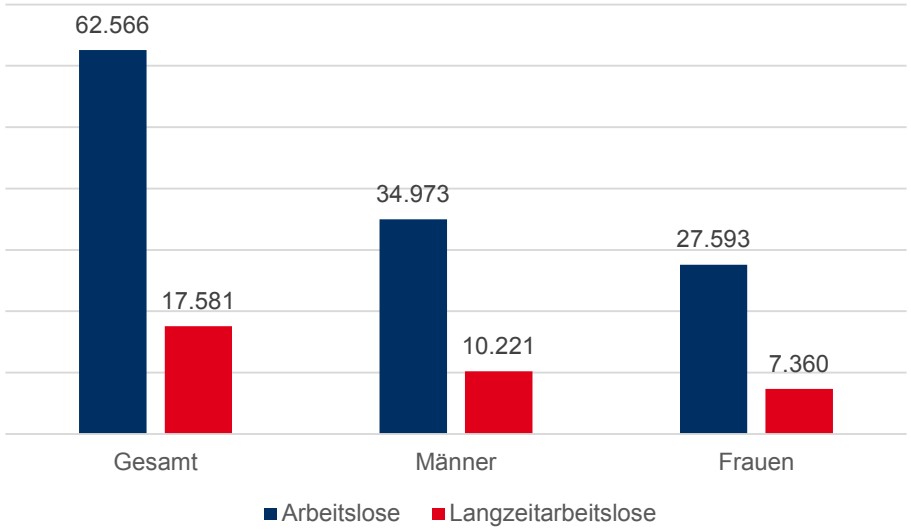
Hamburg

1. Zahlen, Daten, Fakten
2. Arbeitsmarktpolitische Akteure in Hamburg
3. Grundprinzip des SGB II – Fördern und Fordern
4. Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik
5. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für Langzeitarbeitslose
6. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für besondere Zielgruppen
7. Berufliche Weiterbildung/ Weiterbildungsberatung

1. Zahlen, Daten, Fakten

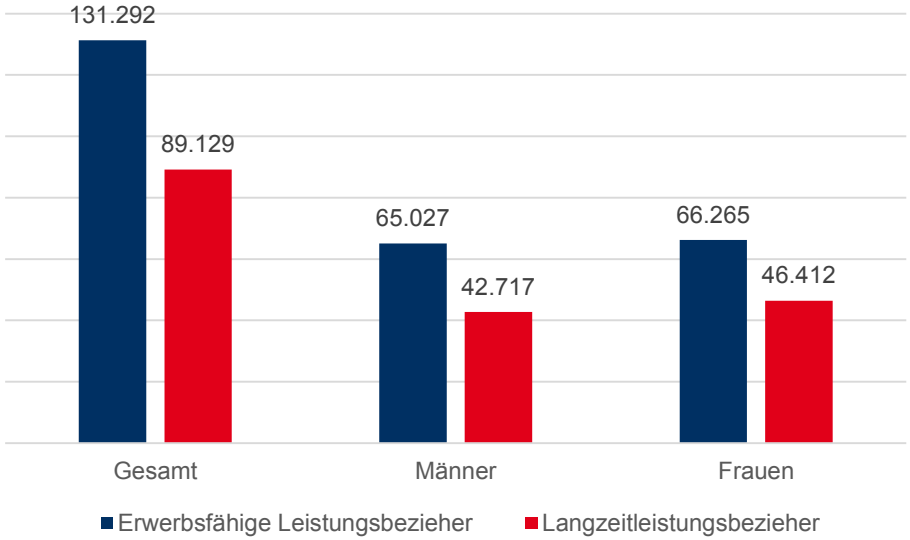
1. Zahlen, Daten, Fakten

ARBEITSLOSE UND LANGZEITARBEITSLOSE IN HAMBURG (NOVEMBER 2018)



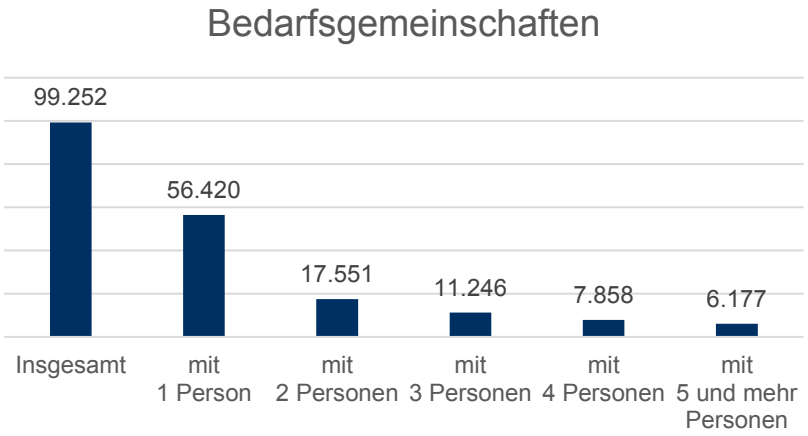
1. Zahlen, Daten, Fakten

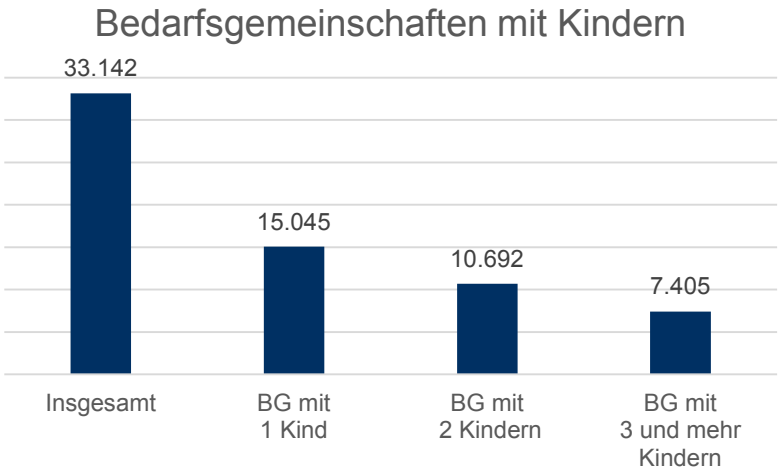
LEISTUNGSBEZIEHER UND LANGZEITLEISTUNGSBEZIEHER IM SGB II (AUGUST 2018)



1. Zahlen, Daten, Fakten

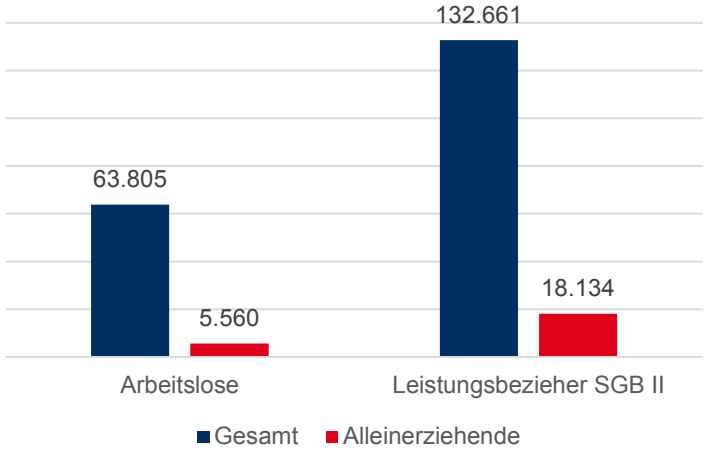
BEDARFSGEMEINSCHAFTEN (AUGUST 2018)

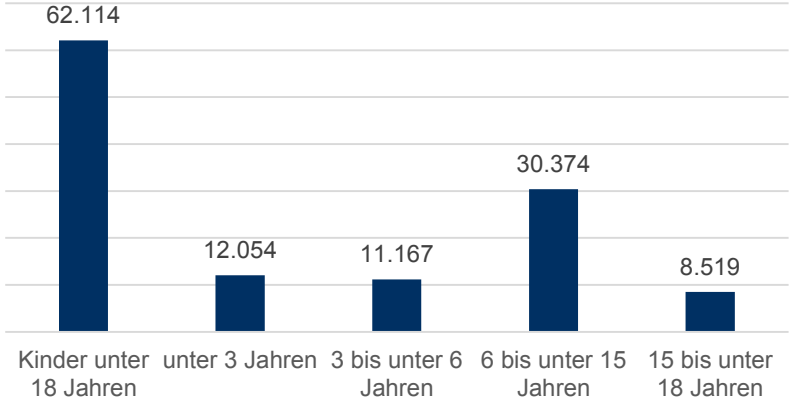




1. Zahlen, Daten, Fakten

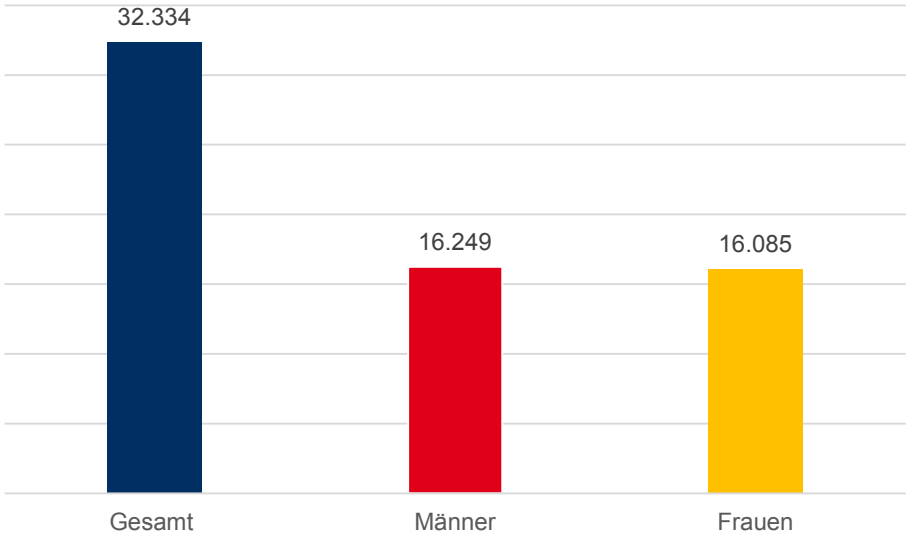
ALLEINERZIEHENDE UND KINDER IM SGB II (JUNI 2018)





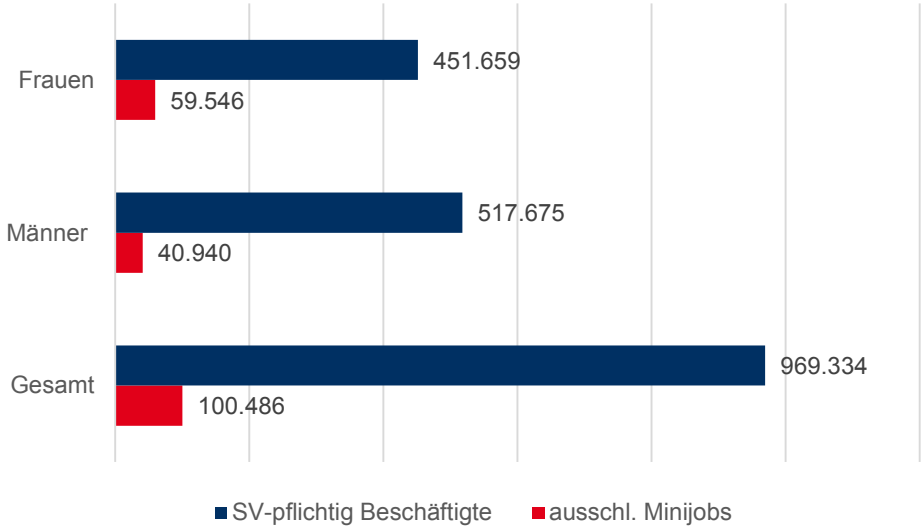
1. Zahlen, Daten, Fakten

ERWERBSTÄTIGE LEISTUNGSBEZIEHER IM SGB II (MAI 2018) - SOG.„AUFSTOCKER“

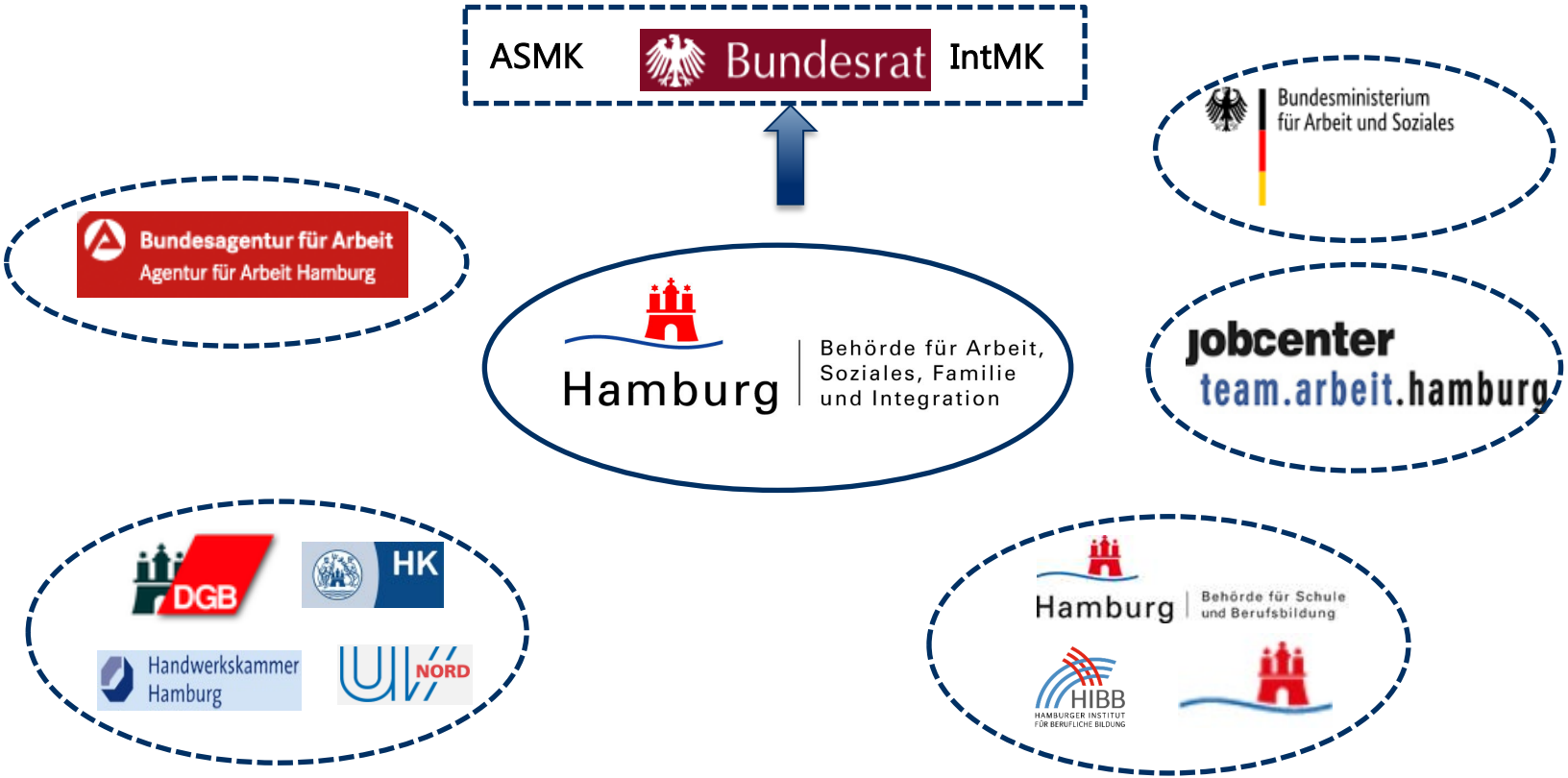


1. Zahlen, Daten, Fakten

BESCHÄFTIGUNG IN HAMBURG (MÄRZ 2018)

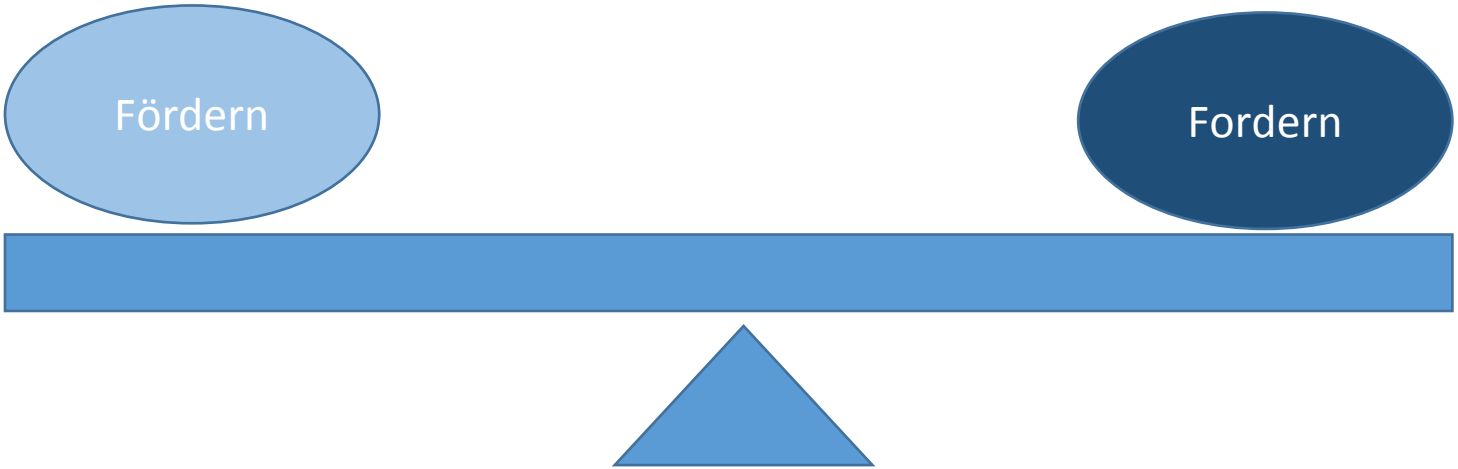


2. Akteure und Handlungsebenen



3. Grundprinzip des SGB II – Fördern und Fordern

Grundprinzip des SGB II – Fördern und Fordern



Grundsatz des Förderns (§ 1 SGB II)

Unterstützung, um schnell aus der Arbeitslosigkeit heraus zu kommen, durch

- Finanzielle Leistungen für die Betroffenen und ihre Familien
- Arbeitsvermittlung
- Eingliederungsleistungen
- Berufsberatung, Beratung zur Aus- und Weiterbildung
- Unterstützung in besonderen Problemlagen
  - Schuldnerberatung
  - Suchtberatung
  - psychosoziale Betreuung
  - Sicherstellung der Kinderbetreuung

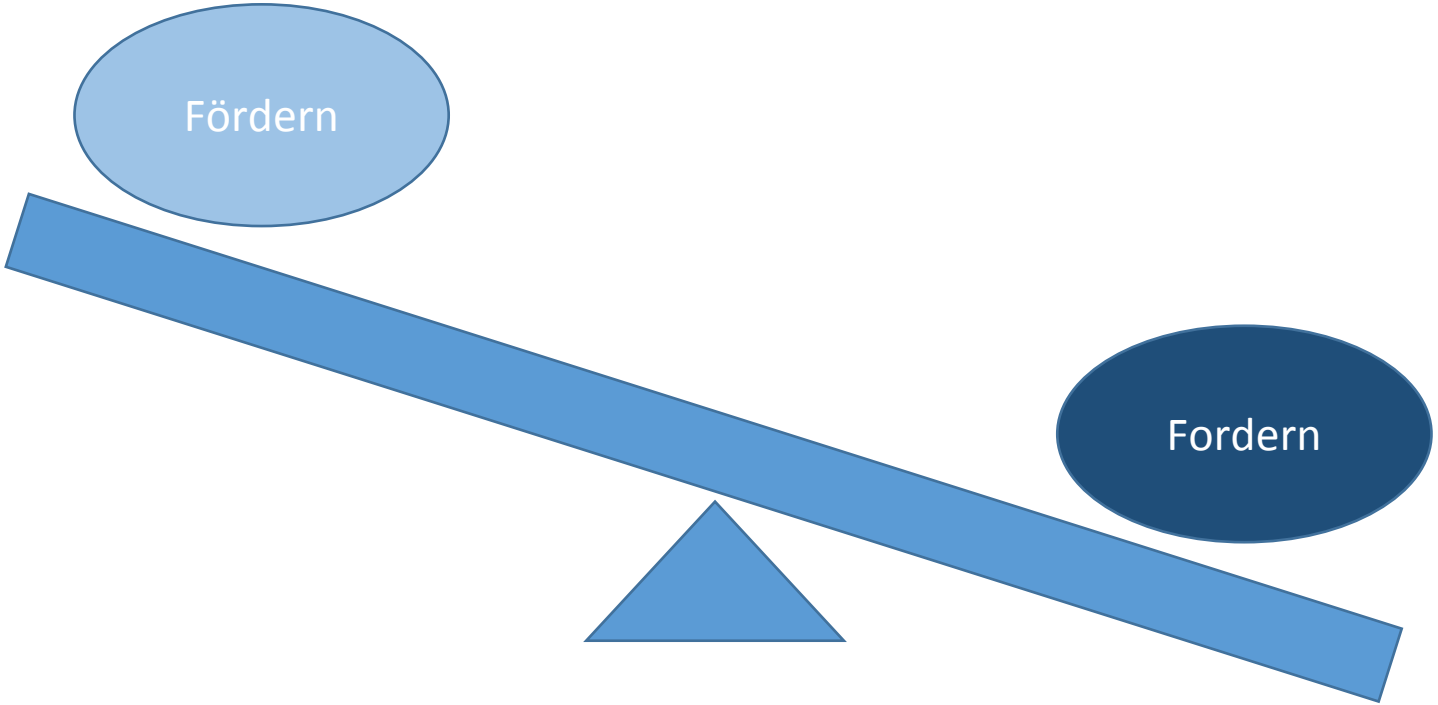
Grundsatz des Forderns, § 2 SGB II

- Eigenbemühungen (z.B. Bewerbungen, regelhafte Stellensuche im online-Portal „JobBörse“)
- Ausschöpfen aller Möglichkeiten zur Verringerung oder Beendigung der Hilfebedürftigkeit (z.B. durch Aufnahme einer geringfügigen Beschäftigung, Untervermietung bei ausreichend großem Wohnraum, Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen, Inanspruchnahme vorrangiger Leistungen wie Kindergeld, Unterhalt)

➢ Pflichten des Leistungsbeziehenden (z.B. Abschluss einer Eingliederungsvereinbarung)

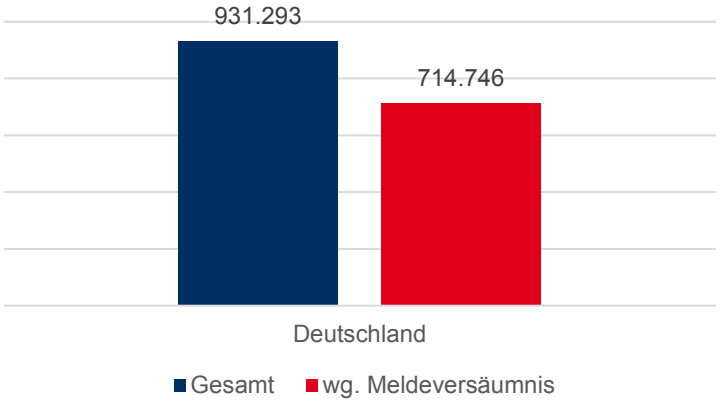
➢ Sanktionen bei Verletzung der Obliegenheiten

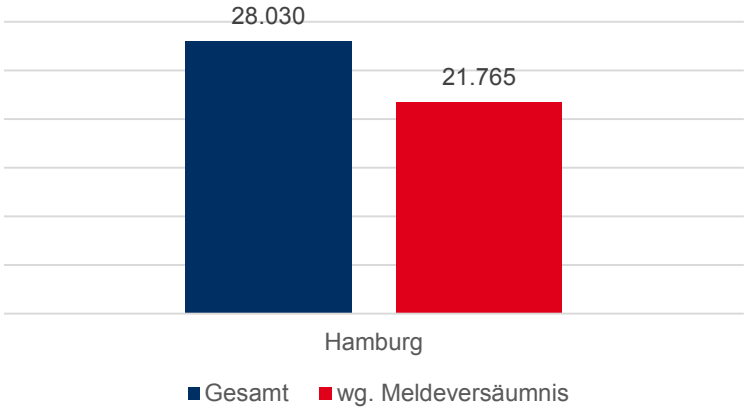
Problem der Umsetzung: Ungleicher Fokus



Sanktionen

ZAHL DER SANKTIONEN (Sept. 2017 – Aug. 2018)





Im Jahresdurchschnitt 2017 haben nur 3,2 % der ALG II-Leistungsbeziehenden in Hamburg eine Sanktion erhalten.

Sanktionen

Sanktionen bei Verstoß gegen Melde- und Mitwirkungspflichten z.B.

- nicht zu vereinbarten Terminen im Jobcenter oder beim ärztlichen oder psychologischen Dienst erscheinen

➢ Kürzung der Regelleistung um 10 %

Sanktionen bei Verstoß gegen Verhaltenspflichten z.B.

- eine Maßnahme zur Eingliederung in Arbeit oder Ausbildung nicht annehmen oder abbrechen
- eine zumutbare Arbeit ablehnen – auch eine geringfügige Beschäftigung
    - Mini-, Midi- und Teilzeitjobs tragen dazu bei, einen Teil des Lebensunterhalts selbst zuverdienen und damit Hilfebedürftigkeit zu verringern
    - Kontakt zum Arbeitsmarkt erhalten

➢ Kürzung der Regelleistung um 30 % bis hin zur vollständigen Kürzung inkl. Miete

➢ Sonderregelung bei unter 25-jährigen Leistungsbeziehern: vollständige Kürzung der Regelleistung ab der ersten Pflichtverletzung

Aktuelle Debatte

- Abschaffung des derzeitigen Systems / Neustrukturierung von SGB II – insbesondere Abschaffung der Sanktionen

- Mögliche Lösungsansätze:
  - Angleichung der Sanktionsregelungen für U und Ü 25-jährige
  - Einführung einer Kindergrundsicherung
  - Erhöhung der Regelleistungen

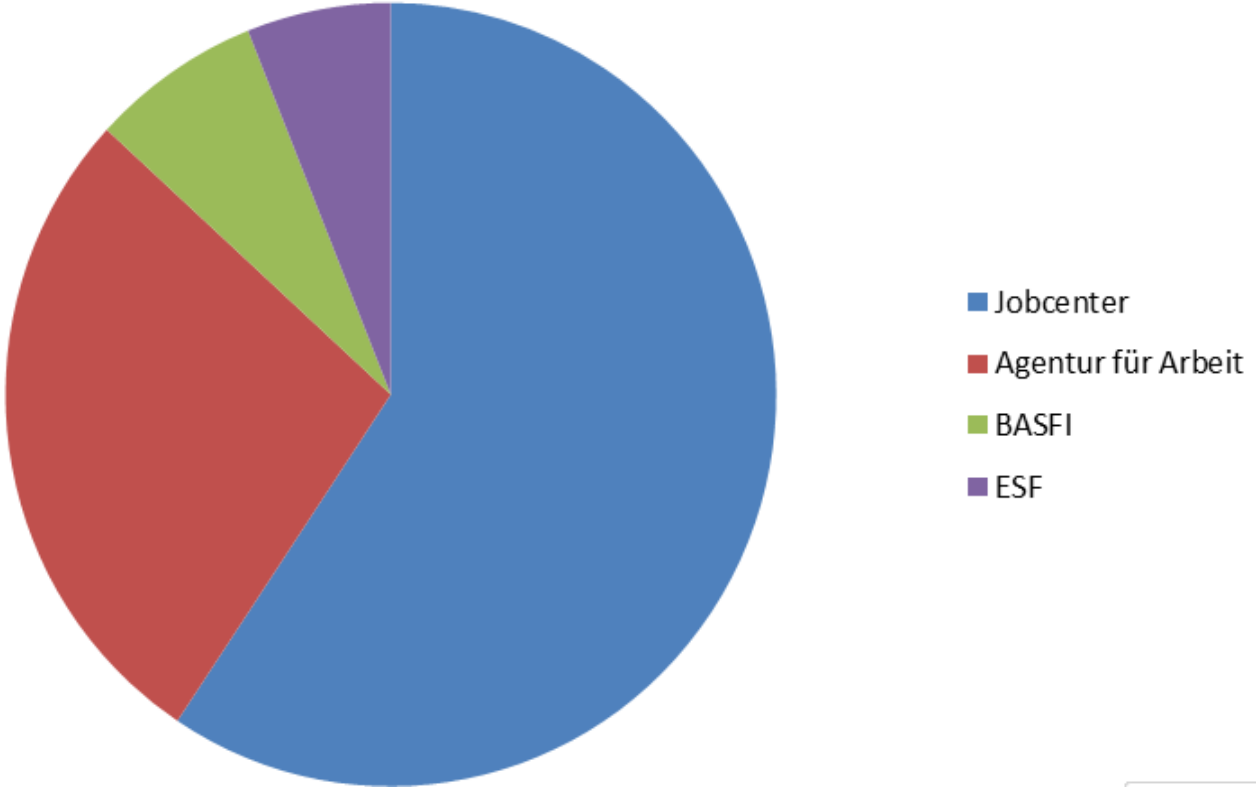
4. Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik

VERTEILUNG (2018)

JC: 120 Mio. €
AA: 85 Mio. €
BASFI: 26 Mio. €

(FHH+ESF)

Summe: 231 Mio. €



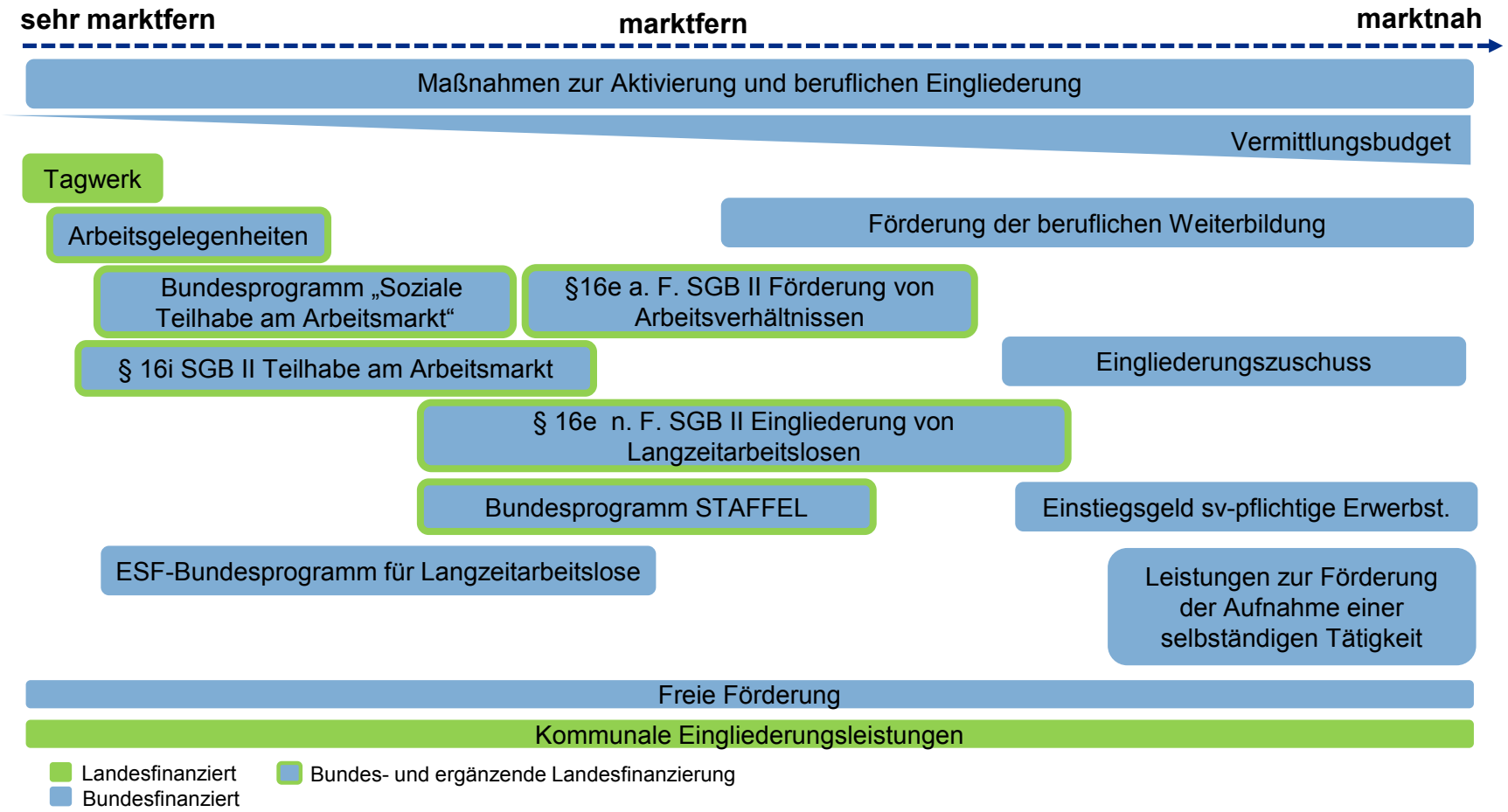
HERAUSFORDERUNGEN

- Löwenanteil der Mittel zur Gestaltung von Arbeitsmarktpolitik unterliegt Bundesrecht

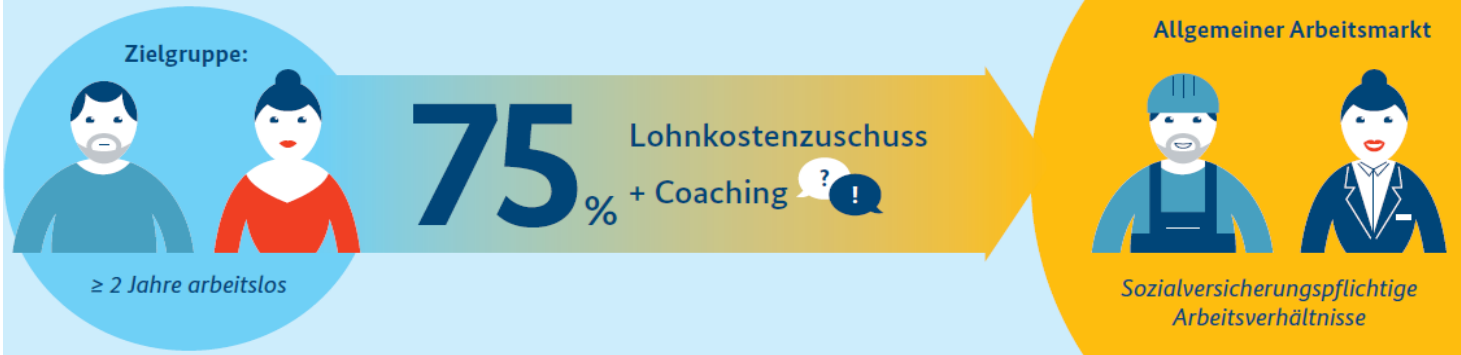
- Synchronisierung von Zielen, Prioritäten und Handlungslogiken der Bundesebene (Agentur für Arbeit) und des Senats als ständige Herausforderung

- Folge: Bundesprogramme und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gerade im Bereich des sozialen Arbeitsmarktes müssen durch Landesmittel „gängig“ gemacht werden

5. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für Langzeitarbeitslose

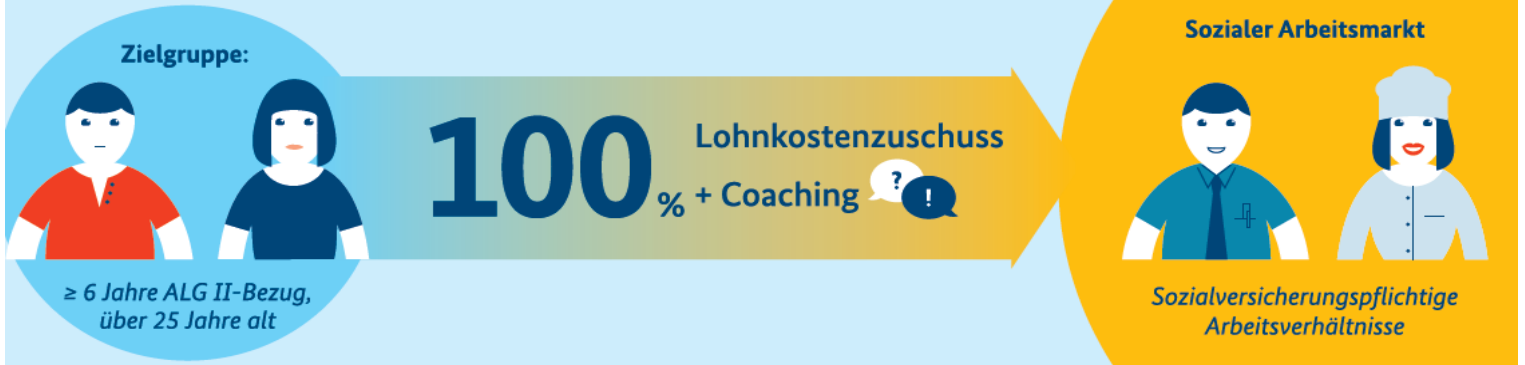

sehr marktfern
marktfern
marktnah
Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung
Vermittlungsbudget
Tagwerk
Arbeitsgelegenheiten
Förderung der beruflichen Weiterbildung
Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“
§16e a. F. SGB II Förderung von Arbeitsverhältnissen
§ 16i SGB II Teilhabe am Arbeitsmarkt
Eingliederungszuschuss
§ 16e n. F. SGB II Eingliederung von Langzeitarbeitslosen
Bundesprogramm STAFFEL
Einstiegsgeld sv-pflichtige Erwerbst.
ESF-Bundesprogramm für Langzeitarbeitslose
Leistungen zur Förderung der Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit
Freie Förderung
Kommunale Eingliederungsleistungen
Landesfinanziert
Bundesfinanziert
Bundes- und ergänzende Landesfinanzierung

„MitArbeit“ fördert Beschäftigungschancen
„Eingliederung von Langzeitarbeitslosen“



Fördergegenstand:	*Sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse bei allen Arten von Arbeitgebern*
Förderdauer:	*Zwei Jahre*
Nachbeschäftigungspflicht:	*nein*
Zuschuss:	*75 Prozent, sinkt im 2. Jahr auf 50 Prozent*
Coaching:	*Ganzheitliche beschäftigungsbegleitende Betreuung (Coaching) während der gesamten Förderdauer*
Qualifizierung:	*Ergänzende Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen des SGB II bei Vorliegen der Fördervoraussetzungen möglich*

„MitArbeit“ bietet neue Fördermaßnahme für Langzeitarbeitslose „Teilhabe am Arbeitsmarkt“



Fördergegenstand:	*Sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse bei allen Arten von Arbeitgebern*
Förderdauer:	*Fünf Jahre*
Zuschuss:	*100 Prozent, sinkt ab dem 3. Jahr um 10 Prozentpunkte jährlich*
Coaching:	*Ganzheitliche beschäftigungsbegleitende Betreuung (Coaching) während der gesamten Förderdauer*
Qualifizierung:	*Erforderliche Weiterbildungen und betriebliche Praktika sind möglich. Weiterbildungskosten bis insgesamt 3.000 Euro werden übernommen.*

Herausforderungen

- Regelinstrumente des Bundes richten sich konzeptionell überwiegend an „marktnahe“ Kunden
- fehlende „Passung“ für die Bedarfe und Problemlagen von langzeitarbeitsarbeits-losen / langzeitleistungsbeziehenden Menschen
- Lösungsansätze:
- Stärken- statt defizitorientierte Beratungs- und Vermittlungsarbeit = Schaffung neuer Perspektiven
- Einführung von auf SGB-II-Klientel abgestimmten Eingliederungsmaßnahmen, z.B.
  - Maßnahmen zur Weiterbildung mit geringeren Anforderungen als im SGB III,
  - Vorbereitendes, begleitendes und nachgehendes Coaching sowohl in Maßnahmen bei Trägern als auch bei Vermittlung in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse

6. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für besondere Zielgruppen

Frauen/ Erziehende

Strategischer Ansatz: Vermeidung von Armutsgefährdung durch

- möglichst frühzeitige Heranführung von Erziehenden an den Arbeitsmarkt (§ 10 Abs. 3 SGB II)
- die Förderung einer (abschlussorientierten) Qualifizierung,
- das Erzielen eines existenzsichernden Einkommens (Minijobs -> sv-pfl. Arbeit)

WORKlife

Ältere Menschen

Strategischer Ansatz: Beschäftigungsfähigkeit sichern, Arbeitslosigkeit und vorzeitigen Renteneintritt vermeiden

PAG
PERSPEKTIVE
ARBEIT &
GESUNDHEIT

Menschen mit Behinderungen

Strategischer Ansatz: Erwerbssituation systematisch verbessern

1. Betriebliche Ausbildung fördern
2. Sondereinrichtungen weiterentwickeln
3. Arbeitsmarktzugang verbessern
4. Inklusionskompetenz der Betriebe erhöhen
5. Zusammenarbeit stärken

Aktionsbündnis Inklusive Arbeit

rehapro

Hamburg wird inklusiv

ZeDiS plus

Junge Menschen (U 25)

jugendberufsagentur. HAMBURG

CatchUp
Psychologische Unterstützung

ESF-Chancengenerator

Begleitung junger Flüchtlinge unter 25 Jahren

Support for young refugees under 25

"مرافقة في الإدماج" للشباب اللاجئين تحت سن الخامسة والعشرين

همراه شدن با جوانان پناهجو زیرسن ۲۵

PLUS
JUGEND AKTIV

Hamburg
TALENTS
Zeig, was in dir steckt!

7. Berufliche Weiterbildung/ Weiterbildungsberatung

6. Berufliche Weiterbildung/ Weiterbildungsberatung

Gesetz zur Stärkung der Chancen für Qualifizierung und für mehr Schutz in der Arbeitslosenversicherung (Qualifizierungschancengesetz)

- Ausweitung der Weiterbildungsförderung für Beschäftigte und Arbeitssuchende; auch für Beschäftigte im Leistungsbezug nach dem SGB II
- Stärkung der Weiterbildungs- und Qualifizierungsberatung der Bundesagentur für Arbeit; auch für Leistungsberechtigte nach dem SGB II
- Erweiterter Schutz in der Arbeitslosenversicherung durch Erweiterung der Rahmenfrist auf 30 Monate

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !

Fragen?